

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 19 18. September 1996

→ **Anwälte im rechten Dunst** Seite 2

Die Demokratiefeinde von rechts bedürfen in vielen Fällen juristischen Beistands. Eine stattliche Anzahl von Rechtsanwälten ist hierzu auch gerne bereit. Einige darunter sind selbst in ultrarechte Kreise verwoben.

→ **Zehn Jahre Jörg Haider**

Seite 4

Die österreichischen „Freiheitlichen“ erlebten unter der Regentschaft des Rechtspopulisten Haider einen steilen Aufschwung. Es gibt jedoch auch hinreichend Belege, die auf die tiefe Verstrickung der Partei ins rechtsextremistische Lager verweisen.

→ **Antidemokraten als Vorbilder** Seite 5

Die „Junge Freiheit“ will das Gedankengut der „Konservativen Revolution“ salonfähig machen. Die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus macht die Vertreter dieser Geistesströmung allerdings nicht automatisch zu Demokraten.

→ **Der Prozeß gegen die NS-Ärzte** Seite 8

Vor 50 Jahren begann in Nürnberg der Prozeß gegen Mediziner, die sich unglaublicher Verbrechen an Menschen schuldig gemacht hatten. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr von diesen Greueltaten nur sehr wenig. Bis heute ist dieses dunkle Kapitel noch nicht aufgearbeitet.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Juristischer Beistand für die
Feinde der Demokratie:

Rechtsanwälte im rechten Dunst

In rechtsextremistischen Kreisen bedarf es in vielen Fällen anwaltschaftlichen Beistands. Eine ganze Reihe von Rechtsanwälten ist dazu - manche davon aus eigener Überzeugung - nur allzu gerne bereit.

Im September 1991 forderten die Neonazis Christian Sennlaub und Christian Malcoci ihre Kameraden dazu auf, ihnen die Namen "bekannter Anwälte mit Angabe von Befähigung, Verhalten bei Kostenrechnungen und Erreichbarkeit" zuzusenden. Zweck dieser Aktion sollte die Erstellung einer Liste von befreundeten und sympathisierenden Rechtsanwälten sein.

Zu diesem Zeitpunkt existierte bereits der am 2. März 1979 gegründete „Deutsche Rechtsschuttkreis e.V./Deutsche Rechtsschutzkasse“ (DRsK) mit Postfachadresse in Bochum. Eine der Hauptaufgaben des Vereins, der unlängst in der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) eine Anzeige schaltete, war und ist die juristische Betreuung von Gesinnungskameraden. Bekanntestes Machwerk der DRsK sind die Geschichten von "Mäxchen Treuherz" (als Serie u.a. in „Recht und Justiz" sowie in den Nachrichten der HNG veröffentlicht), ein "juristisches Handbuch für die braune Szene" (F. Hundseder). Autorin des zwei-bändigen Werkes für „Aktivisten der Stirn und der Faust" ("Nation + Europa") ist Gisela Pahl, eine Hamburger Rechtsanwältin, die mit dem Pseudonym Gisela Sedelmaier publiziert (u.a. in den „Unabhängigen Nachrichten") und zeitweilig das Hamburger Landesschiedsgericht der "Republikaner" führte. Pahl leitet nach Erkenntnissen des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz (VS-Bericht 1995) auch das Anfang 1992 in Hamburg von Rechtsanwälten, Jurastudenten und sonstigen juristisch interessierten Personen als juristische Selbsthilfeeinrichtung und Koordinierungsstelle der rechtsextremen Szene gegründete „Deutsche Rechtsbüro". Dieses verfügt über Postfachadressen im bayrischen Münsing und in Berlin. Angeboten werden - gegen ein Entgelt von 10 Mark - u.a. „Merklisten" zu den Bereichen Versammlungsrecht, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme sowie Strafgefangene. Geworben wird dafür u.a. in

den Mitteilungen der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP), der nationaldemokratischen „Dortmunder Stimme" und dem "Eckartboten", dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft".

Kämpfer für die nationale Sache

Bekanntester Staranwalt von Alt- und Neonazis ist der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Dieser antwortete auf die Frage der "Deutschen National-Zeitung" (DNZ) "Welche Leistungen der Geschichte finden Ihre Zustimmung?" unverblümt mit: „Die der Wehrmacht und der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg".

Verteidigt wurde von Rieger praktisch die komplette rechtsextreme Garde von Bela Ewald Althans (Ex-Führer des „Deutschen Jugendbildungswerkes") bis zu Ernst Zündel (Papst der Holocaustleugner). Einen Skandal provozierte Rieger 1981 bei einem NS-Prozeß. Beim Strafverfahren gegen den Warschauer SS-Polizeiführer und SS-Obersturmführer Arpad Wigand erklärte er in seinem Plädoyer, Grund für die Errichtung und Absperrung des Ghettos sei das Bestreben gewesen, den Flecktyphus einzudämmen. Die dort herrschende Hungersnot wäre „bei ein bißchen Solidarität" der dort lebenden „260.000 Juden, die Kapitalisten oder Arbeiter waren", verhindert worden. Rieger: Es sei "durchaus fraglich, ob auch nur ein Jude an Hunger im Ghetto gestorben wäre, wenn es mehr Solidarität unter den Juden gegeben hätte." Die Verbreitung dieser "Warschauer-Ghetto-Lüge" durch den Strafverteidiger Rieger blieb nach einem Urteil (September 1987) des in Berlin residierenden 5. Strafsenates des Bundesgerichtshofes straflos. Furore machte Rieger ferner durch seine ständigen Prozeßverzögerungen im vier Jahre dauernden Stuttgarter Neonazi-Prozeß, der 1995 zu Ende ging.

Auch in der rechtsextremistischen Szene ist Rieger aktiv: Maßgeblich bestimmt er noch heute die Geschehnisse des Hetendorf-Komplexes, eines der zentralen „rechtsextremistischen Kommunikations- und Veranstaltungszentren" in der Bundesrepublik (Hamburger Verfassungsschutzbericht 1995). Als Funktionär engagierte sich Rieger u.a. beim „Nordischen Ring", beim "Heide-Heim e.V.", „Mütterdank e.V." und bei der 1951 in Göttingen gegründeten völkisch-rassistischen "Artgemeinschaft". Neben der Führung der "Artgemeinschaft" obliegt Rieger auch die Schriftleitung der "Nordischen Zeitung", des Organs der "Artgemeinschaft". Seit 1972 ist Rieger Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.".

Neben Rieger findet sich jedoch noch eine stattliche Anzahl weiterer Rechtsanwälte, die in die Fänge der Justiz geratenen Rechtsextremisten juristischen Beistand leisten oder selbst schon in einschlägigen Kreisen aufgetreten bzw. publizistisch in Erscheinung getreten sind, wie beispielsweise:

Hans-Werner Bracht (Lemgo), vertrat die damalige REP-Abgeordnete Johanna Grund und den FAP-Funktionär Erhard Kemper, verteidigte Udo Walendy (Mitbegründer der NPD) und Markus Privenau (HNG). Autor im "Schlesier";

Hans Günther Eisenecker (Goldenbow), ehemals Mitglied des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) und zu Beginn der 70er Jahre NPD-Kreisvorsitzender im niedersächsischen Vechta. Verteidiger u.a. des einstigen Bundesvorsitzenden der "Nationalistischen Front" (NF), Meinolf Schönborn, und des Braunschweiger NF-Rädelführers Uwe Preen;

Klaus Goebel (München), juristischer Beistand der Nazi-Gefangenenhilfsorganisation "Stille Hilfe", Verteidiger von David Irving;

Hajo Herrmann (Düsseldorf), gehörte der "Legion Condor" an, wurde 1944 zum Kommandeur der 1. Jagddivision in Berlin-Döberitz und zum Inspekteur der Luftverteidigung ernannt. Bei Kriegsende führte der Eichenlaubträger als Kommandeur die 9. Luftwaffendivision in Süddeutschland. Verteidigte u.a. Otto-Ernst Remer, Fred Leuchter und David Irving. Teilnehmer der 4. Kulturtage des "Kulturwerkes Österreich", Landesgruppe Kärnten;

Günther Herzogenrath-Amelung (Regensburg), Teilnehmer bei Schulungen der "Nationalistischen Front" (NF), Verteidiger von Gerd Honsik, Germar Rudolf (heute: Scheerer) und der "Nationalen Offensive" (NO);

Konrad Hoffmann (Augsburg), Präsident der "Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich" (VLDO) und der "Nationalversammlung des Deutschen Ostens" (NDO), Hauptredner bei der diesjährigen HNG-Jahreshauptversammlung, Referent beim "Recht und Wahrheit"-Lesertreffen 1993;

Wolfgang Huber (München), Vorstandsmitglied des Vereins "Kultur und Zeitgeschichte - Archiv der Zeit e.V.", testamentarische und sonstige Zuwendungen an die "Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur" laufen über ihn;

Alfons Hueber (Frankfurt), einst Multifunktionär der Nationaldemokraten (NPD, NHB, JN), später Landesvorstandsmitglied der REP in Hessen und

zeitweilig dortiger Landesvorsitzender des "Witiko-Bundes";

Konrad Hüttner (München), "ein juristischer Helfer in vielen Bereichen" (Franz Schönhuber), zeitweilig Hausrechtsanwalt der "Republikaner" und Großspender für die Partei (DM 60.000,- während der 12. Wahlperiode);

Teja Hermann Kapsch (A-Graz), Sohn von Hermann Kapsch, der der "Österreichischen Historiker-Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark" angehört, die im Zusammenhang mit der Briefbombenserie lange im Visier der Behörden stand. Verteidiger des österreichischen Alt-Nazis Herbert Schweiger;

Hannes Kaschkat (Würzburg), Mitglied der Burschenschaft "Arminia Berlin, Normannia Heidelberg", einst erster Chefredakteur der Postille "Student" und Vorstandsmitglied der "Aktion Funk und Fernsehen" (AFF), Autor der Vierteljahreszeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", der "Jungen Freiheit" und im "Ostpreußenblatt". Kaschkat verteidigte den bayrischen REP-Landesverband vor dem Verwaltungsgericht München;

Klaus Kunze (Hannover), Mitglied der Kölner Burschenschaft "Germania", Gründungsmitglied und später Vorsitzender des "Ringes Freiheitlicher Studenten" (RFS), zeitweilig niedersächsischer REP-Landespressesprecher, Referent bei der diesjährigen GFP-Jahreshauptversammlung, Autor in der Reihe "Deutsche Geschichte" der "VGB-Verlagsgesellschaft mbH" (Verlagskomplex von Gert Sudholt), Autor in "Nation+Europa", "Staatsbriefe", Stammautor in der "Jungen Freiheit", vehementer Kritiker des "Parteienstaates", vertrat mehrfach die Interessen der JF;

Richard Pemsel (Hersbruck), Autor im "Ostpreußenblatt" und des "Grabert-Verlages", Referent beim "Deutschen Seminar", Verteidiger des Auschwitz-Leugners Hans-Jürgen Witzsch;

Herbert Schaller (A-Traiskirchen), Verteidiger von prominenten Holocaustleugnern wie Gerd Honsik, Otto-Ernst Remer, Pedro Varela, Walter Ochensberger und David Irving. Interviewpartner von "Nation+Europa", Referent bei der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP), früher politisch bei der KPÖ beheimatet;

Karl-Heinz Siadak (Göttingen), verteidigte u.a. die Neonazis Michael Hofmeister, Karl Polacek und Thorsten Heise;

Otto Tuma (A-Wien), Verteidiger von Gottfried Küssel. Sein Sohn Nikolaus war Kader von Küssels "Volkstreuer Außerparlamentarischer Opposition" (VAPO).

Der unaufhaltsame Aufstieg des
Jörg Haider:

Zehn Jahre sind genug

Genau zehn Jahre liegt es jetzt zurück, daß der begnadete Rechtspopulist Jörg Haider sich im September 1986 an die Spitze der FPÖ - jetzt „Freiheitliche“ - katapultierte. Seinen liberalen Vorgänger Norbert Steger, Vizekanzler der damaligen Regierungskoalition, manövrierte der Newcomer ins politische Abseits und gab die Marschrichtung der Partei nach rechts aus. Zeitgleich begann auch die Ära der politischen Erfolge. Haider's Taktik bestand und besteht nicht zuletzt darin, aus der Politikverdrossenheit vieler Bürger Profit zu ziehen; da passen Stimmungsmache gegen die „Altparteien“, die „keine neuen Ideen hätten“ und geschickt gewählte Themen, die Ressentiments in der Bevölkerung aufgreifen, beispielsweise „Sozialschmarotzer“ und natürlich immerfort die Ausländer. Unter Haider's Regentschaft erlebten die strammrechten „Freiheitlichen“ einen wahren Höhenrausch von einstmal's 4,8 Prozent (1983) bis zu den Nationalratswahlen 1994 mit 22,5 Prozent (42 Mandate); bei den Bundesparlamentswahlen im Dezember 1995 sanken sie dann allerdings in der Wählergunst geringfügig ab auf 21,9 Prozent (40 Mandate). Für die Landtags- und Gemeinderatswahlen in der österreichischen Hauptstadt Wien am 13. Oktober dieses Jahres, die zeitgleich mit den bundesweiten Europawahlen stattfinden, werden die „Freiheitlichen“ immerhin mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent gehandelt. In mehreren Bundesländern (Kärnten, Wien, Vorarlberg) liegt die Haider-Partei an zweiter Stelle. Mit der Erfolgsbilanz seiner zehn Jahre kann „der Alte“, wie der 46jährige Haider mittlerweile parteiintern genannt wird, insofern durchaus zufrieden sein. Momentan läßt er allerdings seine Anhängerschaft zittern, ob er möglicherweise von seinem Amt als Parteiführer zurücktreten wird. Vielleicht will er aber auch 1998 Bundeskanzler werden.

Jörg Haider's Politiker-Karriere ist mit unzähligen Skandalen und Skandalchen angereichert. Beispielsweise bezeichnete er die österreichische Nation als eine „ideologische Mißgeburt“ (1988) - mittlerweile hat er der „Deutschtümelei“ eine

Absage erteilt -, bedachte den damaligen polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa mit der Diefamierung, dieser sei mit seinem Amtsantritt „mehr breit als hoch geworden - das ist symbolisch für die Denkungsart, die dort herrscht“ (1991). Wegen seiner positiven Bewertung der „Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ mußte Haider im Frühsommer 1991 von seinem Amt als Landeshauptmann (Ministerpräsident) von Kärnten zurücktreten. Erst vor einem Jahr hatte Haider mit seiner Rede vor SS-Veteranen Ende September am Rande des Ulrichbergtreffens, denen er seine Sympathie versicherte, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung auf sich gezogen, die allerdings eingestellt wurden. Nach dem Bombenanschlag von Oberwart im Februar 1995, bei dem vier Menschen getötet wurden, zweifelte er daran, daß es sich um einen fremdenfeindlichen Anschlag gehandelt habe und unterstellte, daß möglicherweise kriminelle Geschäfte dahintersteckten. Dafür hat er sich bei den österreichischen Roma unlängst entschuldigt. Haider's Entgleisungen haben allerdings Methode. Der Schriftsteller Johannes Mario Simmel darf Haider mit dem Segen des Gerichts „mörderische Hetze“ vorwerfen. Nach höchstrichterlichem Spruch kann Haider auch als „politischer Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrorismus“ bezeichnet werden. Ebenfalls hat der österreichische Oberste Gerichtshof die Bewertung als zulässig erklärt, daß „Die FPÖ des Dr. Jörg Haider ... heute als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und insbesondere in der ausländerfeindlichen Politik und Propaganda an der Spitze steht und auch den geistigen Boden für solche Anschläge aufbereitet hat.“

Auf die engen Verstrickungen der „Freiheitlichen“ mit Rechtsextremisten hat beispielsweise - neben vielen anderen - der Journalist Hans-Henning Scharsach in seinem Buch „Haider's Clan“ hingewiesen. Dies dokumentieren auch Vorfälle in jüngster Vergangenheit: Zwei Mitglieder der Jugendorganisation stehen unter Verdacht, an Friedhofschändungen vor vier Jahren beteiligt gewesen zu sein (s. BNR 18/96). Haider selbst veranlaßte vor einem Jahr den Rücktritt des „Freiheitlichen“-Nationalrats-Abgeordneten Gudenus, der öffentlich die Gaskammern angezweifelt hatte. Aus der Partei ausgeschlossen wurde 1994 der Wiener Bezirksrat Fröhlich, der in einem Antrag die „multikulturelle Bastardisierung der Gesellschaft“ für die steigende Kriminalität an Schulen verantwortlich machte.

Gabriele Nandlinger

Oberbürgermeister-Wahlen in Stuttgart:

Seltsame Kandidaten

Wenn am 20. Oktober 1996 der erste Wahlgang zur Neuwahl eines Oberbürgermeisters der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart stattfindet, sind auch ultrarechte Extremisten mit von der Partie. Selbstredend nominieren die „Republikaner, die nun zum zweiten Mal mit Fraktionsstärke im Landtag vertreten sind und auch in der Kommunalpolitik im Stuttgarter Gemeinderat eine Rolle spielen, ihren OB-Kandidaten. Das Personalangebot ist freilich schwach. Bei der OB-Wahl von 1990 war der REP-Bundes- und Fraktionsvorsitzende Rolf Schlierer Kandidat und erzielte ein Ergebnis von 4,1 Prozent. Er und weitere Funktionsträger wollen und können diesmal aber nicht antreten. Weil der REP-Bundesvorstand aber Flagge zeigen will, tritt nach chaotischem Gerangel - die Stuttgarter Presse sprach von einem „Stück aus dem Tollhaus“ - der 58jährige Diplom-Volkswirt Dieter Lieberwirth an. Lieberwirth, REP-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Gemeinderat und Bundesvorstandsmitglied, gehörte von 1979 bis 1987 der FDP/DVP an; er rechnete sich dem „national-liberalen Flügel“ zu. Anlässlich der Stuttgarter Gemeinderatswahl 1994 kam er innerhalb des Wahlvorschlags seiner Partei von Platz 5 auf den letzten Platz 4, den die REP bei 7,2 Prozent Stimmenanteil für das Kommunalparlament erzielten.

Bei den Oberbürgermeisterwahlen 1990 in Stuttgart war auch die im Februar 1995 verbotene „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) in der Person des ehemaligen HJ-Führers Martin Pape dabei. Nachdem ihn sein Intimfeind im rechtsextremistischen Lager, Friedhelm Busse, parteiintern ausmanövrierte, gründete Pape 1990 die Kleinorganisation „Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA) mit Sitz in Stuttgart. Als deren Bundesvorsitzender sucht er sich ständig zu profilieren, wozu ihm das hauptsächlich aus Spenden finanzierte Monatsblatt „Deutscher Standpunkt“ (DS) verhilft. Miniaufkleber in der Stadt kommen dazu. Ihm hätten es besonders die „Republikaner“ zu danken, daß sie im Musterländle so erfolgreich abschneiden, meint der mit der Landeshauptstadt in einem Dauerclinch liegende

DFA-Vorsitzende Pape. Weil „ab 65 jede Kandidatur nicht mehr möglich“ sei, nominierte der Kreisverband der DFA in Stuttgart den Bundespressesprecher der DFA, Mario Meurer, geb. 23.03.1963 in Brandenburg a.d. Havel, zum OB-Kandidaten für 1996.

Dieser OB-Kandidat verfügt über vielfältige politische Erfahrungen. Nach kirchlichem Fachabitur und Theologie- und Philosophiestudium in der DDR mit anschließender Tätigkeit als Vikar der evangelischen Kirche wurde er 1988 zu zwei Jahren Freiheitstrafe wegen „staatsfeindliche Hetze“ und „Republikflucht“ verurteilt. Im „Deutschen Standpunkt“ heißt es über Meurer: „Der Kampf gegen den Kommunismus ist ihm ein Herzensbedürfnis“. Durch Freikauf der Bundesregierung kam Meurer 1989 in die BRD, wo er alsbald seine politische Karriere begann: Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 kandidierte Meurer für die „Republikaner“ im Wahlkreis Stuttgart II als Ersatzbewerber mit einem Ergebnis von 9,7 Prozent; als Berufsbezeichnung hatte er „Vollzugsbeamter“ angegeben. Im März 1996 trat Meurer wiederum als Landtagskandidat an, im Wahlkreis Aalen (Ergebnis 0,3 Prozent), nunmehr als „Theologe“. Diesmal kandidierte er als Erstkandidat für die Partei „Christliche Mitte - Für ein Deutschland nach Gottes Geboten (CM), die mit insgesamt drei Wahlvorschlägen zur Landtagswahl 1996 zugelassen worden war.

OB-Kandidat Meurer agiere als „Autor und Kolumnist für diverse rechte Zeitungen und Magazine“, so stellt ihn der Parteivorsitzende Pape vor. Auch als Leserbriefschreiber sucht er Bekanntheitsgrad, so beispielsweise in dem Sprachrohr der „Deutschen Volksunion“, der „Deutschen National-Zeitung“ des Dr. Frey. Ferner gibt Meurer im „Deutschen Standpunkt“ kund, daß er Mitglied sei im „Bund der Vertriebenen“, der „Landsmannschaft Ostpreußen“, Kreisgruppe Stuttgart, dem „Grundstückseigentümerverband der Vertriebenen e.V.“.

Fraglich ist allerdings, wie Meurer als z.Zt. „arbeitsloser Theologe“ - was er verschweigt - die erforderlichen Mittel für seine OB-Wahlwerbung aufbringen will, nachdem die Minipartei DFA nur über spärliche Geldmittel verfügt. DFA-Vorsitzender Pape, vom Amtsgericht Stuttgart wegen zweifachem Meineids zu eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, der gegen eine Geldbuße von DM 2.000 zur Bewährung ausgesetzt wurde, hat schon um Spenden aufgerufen.

Eduard Ohse

Das ideologische Rüstzeug der
„Jungen Freiheit“:

Antidemokraten als Vorbilder

Durch einseitige Hervorhebung der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus versucht die „Junge Freiheit“ Vertreter der „Konservativen Revolution“ salonfähig zu machen. Eine Distanzierung von deren antidemokratischem Gedankengut ist bei der JF allerdings nicht feststellbar.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der „Jungen Freiheit“ (JF) äußerte sich Chefredakteur Dieter Stein im Juni 1996 in einem Beitrag zu „Streit, Aufbruch und Selbstkritik“ auch zum Thema Rezeption der „Konservativen Revolution“, einer geistigen Strömung des „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“ (Kurt Sontheimer). Er behauptet darin, daß „der Redaktion Auffassungen der historischen Vertreter dieser Denkrichtung unterstellt würden.“ Man habe nur über deren Positionen berichtet und sie dem Leser vorgestellt. „Andererseits müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, dann journalistisch unsauber und politisch verantwortungslos gearbeitet zu haben, wenn wir auf gängige Kriminalisierungen konservativer und rechter Schriftsteller aus der Weimarer Zeit mit unkritischer Verklärung reagiert haben.“ Das Verhältnis der JF zur „Konservativen Revolution“ wird allerdings dann in diesem Beitrag nicht näher bestimmt. Stein bemerkt dazu lediglich: „Der JF ging und geht es darum, den Pauschalvorwurf der totalen Verstrickung der deutschen Konservativen und Rechten mit den Nationalsozialisten ideengeschichtlich entgegenzutreten und zu zeigen, daß es eine konstruktive Parlamentarismus- und Demokratiekritik von rechts gab, die vor der Konsequenz der NS-Diktatur gewarnt hat; daß es sogar die Anhängerschaft aus den Reihen konservativer Revolutionäre war, die sich ...schließlich vehement gegen das verbrecherische NS-Regime wandte.“ (JF 25/1996, Beilage, S. 8). Diese Stellungnahme erkennt nun allerdings, worum es bei der Problematisierung der „Konservativen Revolution“ als geistiges Vorbild der JF eigentlich aus demokratietheoretischer Sicht geht.

Es ist in der Tat richtig, daß einige Vertreter der „Konservativen Revolution“ nicht nur aktiven Widerstand gegen den NS-Staat leisteten, sondern auch von den Nationalsozialisten ermordet wurden

(z.B. Edgar Julius Jung). Ebenfalls richtig ist, daß von einer „totalen Verstrickung der deutschen Konservativen und Rechten mit den Nationalsozialisten“ nicht gesprochen werden kann. Es gab durchaus ideologische und mentale Differenzen. Dies alles macht Teile der „Konservativen Revolution“ zwar zu NS-Gegnern, aber nicht notwendigerweise zu Demokraten (was ja für die andere Seite des politischen Spektrums - die kommunistischen Widerstandskämpfer - auch gilt). Von einer „konstruktiven Parlamentarismus- und Demokratiekritik von rechts“ zu sprechen - wie Stein dies im oben definierten Zusammenhang tut, ist auf die „Konservative Revolution“ gemünzt absurd. Klar und eindeutig vertraten deren Anhänger antidemokratische und antiindividualistische, antiliberalen und antiparlamentarische Auffassungen. Stein geht es ersichtlich um eine Art moralische Ehrenrettung dieser - aus heutiger Sicht rechtsextremistischen - geistigen Strömung über die einseitige Betonung von deren Differenzen zum Nationalsozialismus.

Zu NS-Gegnern verklärt

Trotz gewisser Distanzen in Detail-Fragen steht die JF-Redaktion hinter dem Gedankengut der „Konservativen Revolution“: Dies veranschaulicht zum einen eine Serie mit biographisch-politischen Portraits von deren wichtigsten Vertretern, zum anderen der zu dieser Serie als Einleitung formulierte Kommentar aus der Feder des seinerzeitigen JF-Redakteurs Wolfgang Fenske. Danach gelte es den Aspekt der Modernität „herauszuarbeiten, wenn die Ideen der Konservativen Revolution tatsächlich Eingang in die gegenwärtige politische Debatte finden sollen.“ Damit ist bereits die Zielsetzung der Portrait-Serie benannt: der Versuch, das antidemokratische Gedankengut der „Konservativen Revolution“ diskursfähig zu machen. Die Zeitung, so Fenske weiter „will mit ihrer Reihe ‘Porträts der Konservativen Revolution’ einen ersten Zugang zu einem zeitgemäßen Verständnis dieses Denkens eröffnen. ... Eine kritische Transformation konservativ-revolutionären Denkens wird sich davor hüten, ihren Gegenstand in eine scholastische Form zu gießen und um einer vermeintlichen Authentizität willen unfruchtbar werden zu lassen.“ (JF 25/1995, S. 14). Es geht also beim JF-Rekurs auf die „Konservative Revolution“ lediglich darum, zeitbedingte, durch die politische Situation der Weimarer Republik geprägte ideologische Ausdrucksformen zugunsten der allgemeinen überzeitlich verstandenen geistigen Leitlinien dieser intellektuellen Strömung in ihrer Bedeutung

zu vernachlässigen. Ein, aus extremismustheoretischer Sicht, ganz entscheidender Gesichtspunkt der „Konservativen Revolution“, nämlich ihr „antidemokratisches Denken“ (Sontheimer), wird von Fenske und den Autoren der Portrait-Serie gar nicht berücksichtigt, was ein bezeichnendes Licht auf deren demokratietheoretisches Selbstverständnis wirft.

Die im Anschluß an den einführenden Kommentar abgedruckte Portrait-Serie behandelt verschiedene Vertreter der „Konservativen Revolution“ mit Ausführungen zur politisch-biographischen Entwicklung, den ideologischen Grundauffassungen und der Bedeutung der jeweils Vorgestellten. Besonderes Interesse verdient dabei die Beschreibung des Verhältnisses zum Nationalsozialismus. Auch in den Portraits bedienen sich die Autoren des oben im Zusammenhang mit Steins Kommentierungen erwähnten argumentativen Tricks: Man beschreibt die ideologischen Auffassungen, die auch ihre antidemokratische Stoßrichtung deutlich werden lassen, fängt diese aber hinsichtlich der damit verbundenen moralischen Belastung mit dem Hinweis auf Differenzen zum Nationalsozialismus wieder auf. Dieser Effekt sei anhand zweier Beispiele erläutert: In den Portraits zu dem Dichter Stefan George von Thorsten Hinz und zu dem Staatsrechtler Carl Schmitt von Klaus Kunze heißt es in einer lay out-bedingten Text hervorhebung: „George kündigt vom Führer, aber den Populisten Hitler hätte er abgelehnt.“ (JF 25/1995, S. 14) und „Weder Demokrat noch Nazi war Carl Schmitt, sondern vor allem Katholik“ (JF 27/1995, S. 14). Der antidemokratische Standpunkt der Portraitierten wird also gar nicht geleugnet, der Hinweis auf die Differenz zu den Nationalsozialisten scheint der Redaktion bereits ein ausreichender Entlassungsgrund zu sein. Kritische Kommentierungen in dieser Hinsicht finden sich nicht.

„Weder Demokrat noch Nazi“

Häufig ist auch bemerkenswert, was (nicht zufällig) fehlt. So findet man z. B. in dem Portrait zu Carl Schmitt keine näheren Ausführungen zu dessen tiefer Verstrickung in den Nationalsozialismus, etwa durch die juristische Legitimation von Morden („Der Führer schützt das Recht“, 1934) oder antisemitische Agitation („Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist“, 1936). Auch wenn viele Portraits neutral - ohne besondere Bewegung und Kritik - gehalten sind, referieren sie keineswegs zweckfrei Auffassungen von Vertretern der „Konservativen Revolu-

tion“ (worauf auch die zitierte Einleitung von Fenske ausdrücklich hinweist). So sollen offensichtlich Zitate der Portraitierten im Ausklingen des Textes suggerierend wirken. Dafür ein längeres Beispiel aus dem Oswald Spengler-Portrait von Arnold Hammer: Er „bedeutet für die Konservative Revolution den elitär strukturierten Anspruch auf die Formkräfte der Treue und Ritterlichkeit, wie von ihm selbst im folgenden angedeutet. ‘Optimismus ist Feigheit. Wir sind in diese Zeit geboren und müssen tapfer den Weg zu Ende gehen, der uns bestimmt ist. Es gibt keinen anderen. Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung ist Pflicht. Ausharren wie jener römische Soldat, dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji gefunden hat, der starb, weil man beim Ausbruch des Vesuv vergessen hatte, ihn abzulösen. Das ist Größe, das heißt Rasse haben. Das ehrliche Ende ist das einzige, das man dem Menschen nicht nehmen kann.“ (JF, 36/1995, S. 16). Hier wird offen der Gehorsam wider jeden Sinn und Verstand gehuldigt.

Ähnlich ausgerichtet ist auch ein Artikel anlässlich des 70. Todestages von Arthur Moeller van den Bruck, den JF-Stammautor Guido Fehling unter dem Titel „Leben, um zu hinterlassen“ veröffentlichte. Auch hier wird einseitig die Distanz zum Nationalsozialismus hervorgehoben. „Dabei stand Moeller Hitler und der NSDAP mehr als reserviert gegenüber.“ Demgegenüber problematisiert der Autor nicht die antidemokratischen Grundauffassungen dieses Vertreters der „Konservativen Revolution“. Berücksichtigt man noch, daß sich unter dem Text Auszüge „Aus dem Werk“ Moeller van den Brucks finden, die nichts an Deutlichkeit in dieser Hinsicht zu wünschen übrig lassen, so zeigt sich, daß der Autor offenbar mit derartigen Auffassungen übereinstimmt. Dokumentiert werden u.a. folgende Zitate Moeller van den Brucks: „Es bleibt nur übrig, die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern. Was ist so eine politische Partei! Sie ist alles, indem sie nichts ist, liberal und sozial und selbstverständlich auch national. ... Wenn die Freiheit noch eine Sache des Liberalismus wäre, dann würde die Jugend ihn nicht verlassen, sondern ihm anhängen. Aber der Liberalismus hat mit Freiheit nichts mehr zu tun.“ (JF 21/1995, S. 16)

Eine Abkehr vom antidemokratischen Gedankengut der „Konservativen Revolution“ läßt sich in der JF nirgendwo feststellen. Im Gegenteil wird diese geistige Strömung gegen jegliche Kritik ausdrücklich verteidigt, so etwa bezüglich der Einwände von nationalrevolutionärer Seite.

Armin Pfahl-Traugher

Der Prozeß gegen die NS-Ärzte
vor 50 Jahren:

Jahrzehntelang ein Tabu

Im November vergangenen Jahres erinnerten viele Medien an ein Strafverfahren, das Geschichte gemacht hat: Den Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT) in Nürnberg gegen die überlebenden Spitzen des NS-Regimes. Telford Taylor, der US-Hauptankläger, legte seine umfang- und kenntnisreiche Untersuchung „Die Nürnberger Prozesse“ vor - leider ein etwas irreführender Titel. Taylor beschäftigt sich auf fast 800 Seiten nämlich nur mit dem IMT, nicht aber mit den anderen Strafverfahren vor US-Militärgerichten in Nürnberg, den sog. „Folgeprozessen“ gegen hohe Beamte des Auswärtigen Amtes, des Reichssicherheitshauptamtes, Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) sowie anderer NS-Behörden und schließlich gegen NS-Ärzte. Dieses Strafverfahren war der „Fall 1“, dem weitere elf Fälle folgten - ein Zeichen dafür, wie wichtig den Richtern und Staatsanwälten die Aufklärung von medizinischen Verbrechen war. Im Gegensatz zum IMT, das hervorragend dokumentiert ist, gibt es über den „Fall 1“ kaum Literatur. Selbst in Fachlexika wird er sehr kurz abgehandelt. Sogar über den Beginn der Hauptverhandlung werden unterschiedliche Daten genannt: Der 25. Oktober und der 9. Dezember 1946. Einmütigkeit besteht über den Tag, da die Urteile verkündet wurden. Das war am 20. August 1947. Die Hauptverhandlung hat also etwa ebenso lange gedauert wie die des IMT.

Angeklagt waren 23 Ärzte und Gesundheitsfunktionäre, an erster Stelle Karl Brandt. Er hatte von August 1944 an die Oberaufsicht über alle zivilen und militärischen medizinischen Einrichtungen. Dazu gehörten auch die Konzentrationslager mit den dort vorgenommenen medizinischen Verbrechen an Häftlingen. Brandt wurde ebenso wie alle anderen zum Tode Verurteilten 1948 gehängt. Das galt auch für Dr. Rudolf Brandt, unter dessen Aufsicht das Giftgas für die Vernichtungslager erprobt worden war. Dr. Viktor Brack hatte das „Euthanasie“-Programm organisiert und war mitverantwortlich für die Massenmorde in den Gaskammern. Auch über ihn verhängte das Gericht die Todesstrafe. Andere Beschuldigte wie Dr. Hertha Ober-

hauser und Gerhard Rose wurden zwar wegen Verbrechen an Menschen zu hohen Haftstrafen verurteilt, durften aber nach deren Verbüßung wieder als Ärzte praktizieren. Die Ärztekammern hatten dagegen keine Einwände - ein Zeichen dafür, wie uneinsichtig die deutschen Medizinfunktionäre waren. Das Gericht hat an 139 Tagen 85 Zeugen einschließlich der Angeklagten vernommen, hunderte von Beweisstücken und Dokumenten vorgelegt, geprüft und bewertet. In sieben Fällen erkannte das Gericht auf Tod durch den Strang, neun Angeklagte erhielten Haftstrafen, sieben wurden freigesprochen.

Was Mediziner an Menschen verbrochen haben

Da nur über wenige der 23 Angeklagten Einzelheiten ihrer Verbrechen überliefert sind, sollen hier wenigstens deren Namen genannt werden, weil die deutsche Ärzteschaft während ihres Jahreskongresses in Köln jetzt beschlossen hat, die Rolle ihrer Standeskollegen während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Außer den genannten saßen in Nürnberg auf der Anklagebank: Siegfried Handloser, Paul Rostock, Oskar Schröder, Karl Genzken, Karl Gebhardt, Kurt Blome, Joachim Mrugowski, Helmut Porpendick, Wolfram Sievers, Siegfried Ruf, Hans-Wolfgang Romberg, Hermann Becker-Freyseng, Georg August Weltz, Konrad Schäfer, Waldermar Hoven, Wilhelm Beigelböck, Adolf Pokorny und Fritz Ernst Fischer.

Die ihnen vorgeworfenen Straftaten umfaßten fast alles, was an Menschen verbrochen werden kann. Es handelte sich u.a. um Unter- und Überdruckversuche, um herauszubekommen, wie Leute aus versenkten U-Booten gerettet werden können. Besonders an Priestern wurde mit Fleckfieber- und Phlegmonebazillen experimentiert. Priester wurden deshalb ausgewählt, weil sie als besonders gut ernährt galten. Josef Mengele belieferte seinen Doktorvater Prof. Otmar von Verschuer mit Köpfen und Gliedmaßen ermordeter Häftlinge. Eiternde Wunden wurden nicht versorgt, weil man herausfinden wollte, ob die absichtlich Infizierten von selbst gesunden würden. Die Versuche von Mengele mit Zwillingen in Auschwitz sind hinreichend bekannt, ebenso die Massenmorde in den Gaskammern. Männliche Häftlinge wurden in eiskaltem Wasser ermordet. Ziel: Wie lange können es Seeleute im Ozean aushalten, wenn ihr Schiff untergegangen ist.

Über all diese Exzesse ist in Nürnberg ausführlich verhandelt worden, öffentlich selbstverständlich, doch die deutsche Öffentlichkeit erfuhr davon nur sehr wenig. Der Grund: Kurz vor Beginn von „Fall 1“ war das Verfahren vor dem IMT zuendegegangen mit umfangreichen Berichten in Hörfunk und Presse. Nun, so urteilten viele Redaktionen, sei es genug. Zeitungen fürchteten, Leser zu verlieren. Man schrieb mittlerweile das Jahr 1948. Der Wiederaufbau, leider nicht der Neubau einer Republik hatte begonnen, die Währungsreform stand bevor und damit der Start ins Wirtschaftswunder. Dahinter sollte die leidige Vergangenheit zurücktreten - mit verheerenden Folgen, die bis heute wirken. Anders ist der erwähnte Beschluß der Ärzteschaft nicht zu erklären, nun endlich aufzuarbeiten. Ob er in die Praxis umgesetzt wird, das bleibt allerdings abzuwarten. Einen vergleichbaren Beschluß hatte der 92. Deutsche Ärztetag nämlich bereits einmal gefaßt - in Berlin im Mai 1989.

„Einen sehr, sehr schlechten Geruch hinterlassen“

Robert Kempner, stellvertretender US-Ankläger beim IMT und später Ankläger in mehreren Verfahren vor US-Militärgerichten, schreibt in seinen Memoiren „Ankläger einer Epoche“: „Der Ärzteprozeß hat auf die Richter einen ungeheuren Eindruck gemacht, denn das waren die letzten, von denen man geglaubt hat, daß sie Menschen umbringen! Der Ankläger, mein Freund Alexander Hardy, Katholik aus der Bostoner Gegend, ein kräftiger Mann, hat wirklich mit der Wucht seiner Argumente die damaligen Richter überzeugen können, daß das Brechen des Hypokrates-Eides, den die Ärzte mal geleistet hatten, eine besonders gemeine Verletzung der Menschenrechte war. Hardy hat sich nicht gerühmt, er hat mich aber oft darauf hingewiesen, daß er derjenige war, der die meisten Todesurteile erzielt hatte. Nun traten diese Ärzte auch in einer Lügenhaftigkeit, mit einer Feigheit auf, die vielleicht eindrucksvoller war als bei allen anderen Angeklagten. Diese penetranten Heucheleien: ‘Wir wollten doch den Versuchspersonen nur etwas Gutes tun’ haben einen sehr, sehr schlechten Geruch hinterlassen.“

Das galt bis ins Jahr 1989. Erst damals, 44 Jahre nach dem Ende des Regimes, wurden in den Universitäten Heidelberg und Tübingen präparierte Leichenteile entfernt, die von NS-Opfern stammten.

Heiner Lichtenstein

Jahresbericht für Österreich

Wien - Mit der politischen Wende in Europa zeigt sich seit Anfang 1990 ein neuer Rechtsextremismus, der vorwiegend auf Ungleichheitstheorien, kulturelle Differenzen und gesteigerte Gewaltakzeptanz aufgebaut ist. Zu seiner Ideologieverbreitung gehöre Agitation, die vom Populismus bis zum Terrorismus reiche. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bedrohen die innere Sicherheit. So lautet das Resümee des Jahreslageberichts „Rechtsextremismus in Österreich“, der auf rund 60 Seiten schwerpunktmäßig das rechtsextreme, terroristische, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Spektrum erfaßt. Beherrscht wird die Szene von rechtsextremen Splittergruppen, Einzelaktivisten und vom Ausland aus agierenden österreichischen Rechtsextremisten sowie tendenziösen Vorfeldorganisationen. Gleichlautende Agitation ist festzustellen in bezug auf die 3. Republik und Antiklerikalismus, Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft und EU-Feindlichkeit. Konstatiert wird, daß im vergangenen Jahr Holocaust-Leugner vermehrt aktiv geworden seien und auch weiterhin Verbindungen zu noch lebenden NS-Größen und deren Nachkommen in Südamerika unterhielten. Die Kontakte erfolgten im Rahmen einer Plattform der „Internationalen der Nationalen“.

Die Anzahl der unter Beobachtung stehenden extrem rechten Parteien blieb mit 78 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Erfaßt wurden ebenfalls 69 rechtslastige Publikationen. Dargestellt ist in dem Bericht, daß österreichische Rechtsextremisten und Revisionisten voll in die bundesdeutsche Szene integriert seien und wegen zu erwartender hoher Strafen nach dem NS-Verbotsgesetz sich ins „Exil“ begeben, um vom Ausland aus in Richtung Österreich ihre Agitation zu betreiben. Enge Kontakte würden zur Vereinigung „Instituto de Estudios Sociales“, der Nachfolgeorganisation der CEDADE unterhalten. Eine Sicherheitsgefahr könnten die aus „Kriegseinsätzen“ zurückgekehrten 34 rechtsextremistischen Söldner (insgesamt ca. 50) darstellen. Ein besonderes Augenmerk wird der Briefbombenserie gewidmet, deren Opferprofile und Bekennerschreiben eine rechtsextreme und fremdenfeindliche Motivation vermuten ließen. Herausgeber des Jahreslageberichtes „Rechtsextremismus in Österreich“ ist das österreichische Bundesministerium für Inneres, Gruppe C, Abteilung II/7, A-1014 Wien.

BÜCHERSCHAU

Gespenst des Faschismus

„Faschismus“ gehört zu den häufig in historischen und politischen Diskussionen verwendeten Begriffen. Über seine eigentliche Urform, den italienischen Faschismus Mussolinischer Prägung, existieren - zumindest im deutschen Sprachraum - aber nur wenige Studien. Eine Ausnahme bildet hier die knapp gehaltene Darstellung von Georg Scheuer „Mussolinis langer Schatten“, eine erweiterte Ausgabe des bereits 1985 erschienenen Werkes „Genosse Mussolini. Wurzeln und Wege des Ur-Faschismus“. Als Ursache für ein gewisses Desinteresse vermutet Scheuer, der bereits seit den dreißiger Jahren in der trotzkistischen Bewegung aktiv war, politische Gründe. „Die ‘Rechte’ will nicht wissen, daß der Retter ihrer ‘Ordnung’ vorher führender ‘Linksextremist’ war. Viele ‘Linke’ wollen nicht daran erinnert werden. Die Kenntnis der Anfänge und Zusammenhänge ist jedoch wichtig für das Verstehen neuester Entwicklungen“ (S. 7).

Entsprechend dieser Vorgabe beschreibt der Autor den Aufstieg Mussolinis vor dem Hintergrund der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Italiens im 19. und 20. Jahrhundert. Scheuer skizziert Mussolinis politische Entwicklung in der italienischen Arbeiterbewegung, seinen politischen Wandel während des Ersten Weltkrieges und die Entwicklung der faschistischen Bewegung. Eher knapp gehalten sind die Abschnitte zur Darstellung der Machtergreifung und Errichtung der Diktatur, die auch gesondert die Entwicklung der sogenannten „Sozialen Republik“ im Norden 1943/45 thematisieren. Die letzten beiden Teile beschreiben den Werdegang der neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) vom Ende der vierziger bis zum Beginn der neunziger Jahre sowie die dann erfolgte Umbenennung in „Alleanza Nazionale“ (AN).

„Kennzeichnend für den Faschismus war“, so Scheuer, „die Verbrämung aggressiv-gegenrevolutionärer Aktionen mit fortschrittlich klin-

genden revolutionären Phrasen“ (S. 8). In der Verknüpfung beider Elemente sieht er die Faszination des Faschismus für seine Anhänger ebenso begründet wie den politischen Nutzen für das Bürgertum in einer Umbruchperiode. „Nationalismus mit betont ‘sozialistischer’ und ‘proletarischer’ Phraseologie waren ... die Urquellen des Faschismus“ (S. 12).

Die trotzkistische Prägung des Autors macht sich in der Darstellung immer dann bemerkbar, wenn er zu Recht die sozialpolitische Demagogie Mussolinis entlarven und im Gegensatz zu den Auffassungen der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung bringen will. Gleichwohl ist die Darstellung kritisch genug, ab und an auf Gemeinsamkeiten hinzuweisen, etwa wenn Scheuer bestehende Parallelen zwischen Lenin und Mussolini erwähnt, ohne aber vereinfachende Gleichsetzungen vorzunehmen (vgl. S. 12). Auch hinsichtlich anderer Aspekte zeigt sich, daß Scheuers Arbeit keineswegs vulgärmarxistisch argumentiert: Sehr wohl wird etwa auf die wichtige Rolle der Persönlichkeitsstruktur Mussolinis für die Entwicklung des italienischen Faschismus hingewiesen, aber auch zutreffend aufgezeigt, daß sie allein das politische Phänomen nicht erklären kann (vgl. S. 13f.). Die ideologischen Besonderheiten des Faschismus bleiben allerdings etwas unterbeleuchtet. Besondere Beachtung verdient noch, daß Scheuer die zentrale These von Ernst Nolte zum Aufkommen von Faschismus und Nationalsozialismus auch für den italienischen Faschismus widerlegt. Deutlich zeigt die Rekonstruktion der historischen Ereignisse, daß es sich keineswegs um eine Reaktion auf den Bolschewismus handelte. Der Hauptfeind war - worauf auch ein zitiertes historisches Selbstzeugnis hinweist - die liberale Demokratie (vgl. S. 79). Zwar liefert Scheuers Darstellung den Kennern der Materie wenig neues, angesichts des Informationsdefizits im deutschsprachigen Raum zum italienischen Faschismus verdient die Darstellung als kurze Einführung ins Thema aber durchaus Interesse.

Armin Pfahl-Traugbber

Georg Scheuer, Mussolinis langer Schatten. Marsch auf Rom im Nadelstreif, Köln 1996 (Neuer ISP Verlag), 176 S.

BÜCHERSCHAU

**Zwangsarbeit
in einem
Heidedorf****Eine dokumentarische Reportage über ein verdrängtes Verbrechen**

Bei Unterrichtsvorbereitungen zum Thema Nazi-Herrschaft stieß die niedersächsische Pädagogin Annette Wienecke auf Hinweise, daß das Landschulheim ihrer Unterrichtsstätte, des Humboldt-Gymnasiums in Hannover, im Dritten Reich Zentrum eines Lagers für Zwangsarbeiter war. Diese Feststellung forderte die Pädagogin zu einer umfangreichen Spurensicherung heraus, in deren Ergebnis die Anatomie eines weitgehend verdrängten Unterdrückungs- und Vernichtungsapparates sichtbar wird. Dabei war die Zwangsarbeit aufgrund des Arbeitskräftemangels während des Kriegs ein wichtiger Faktor, um die Produktion von Waffen und damit die Unterwerfung anderer Staaten sicherzustellen - mit Menschen, die zu diesem Zweck aus ihrer überfallenen Heimat verschleppt worden waren.

Annette Wienecke macht das Zusammenwirken von SS, Wirtschaft und örtlichen Behörden, die das bei Celle gelegene Dorf Ovelgönne und dessen Umfeld in ein Zentrum der Rüstungsindustrie verwandelten, mit einer dokumentarischen Reportage deutlich. Sie schildert die Bedingungen, unter denen die verschleppten Menschen existieren mußten: Viele wurden gezwungen, in einem bombensicheren Salzbergwerk Teile für Jagdflugzeuge herzustellen und durften nur selten und für kurze Zeit ans Tageslicht. Und sie dokumentiert Ignoranz und Verdrängung der deutschen Ortsbewohner, die nach 1945 nichts von der systematischen Vernichtung durch Arbeit gewußt haben wollen und den überlebenden „Fremdarbeitern“ vorwarfen, nach der Befreiung die „Ordnung“ gestört zu haben. Zugleich mußte die Autorin, die mit beeindruckender Akribie geforscht und geschrieben hat, feststellen, daß die Verwandlung des Landschul-

heims ihrer Schule in ein nazistisches Zwangsarbeiterlager in jüngeren Chroniken der Lehranstalt unerwähnt bleibt. Sie hat dieses Kapitel mit der lakonischen Überschrift „Ein Ereignis verschwindet“ versehen.

Annette Wienecke hat aufgrund ihrer umfangreichen und peniblen Recherchen bei Behörden, Unternehmen und sowohl in- als auch ausländischen Archiven ihre Reportage mit vielen Dokumenten ergänzen können, die die große Bedeutung der Zwangsarbeit für den Hitlerstaat und die Kriegswirtschaft deutlich machen. Die Veröffentlichung von Namenslisten verschleppter Menschen, zum großen Teil Russen und Polen, die sich zu Tode schuften mußten, entreißen diese Opfer der Anonymität. Der Autorin gelingt es zudem, einige Biographien von ihnen nachzuzeichnen, den Lesern ihr Schicksal nahezubringen. Die meisten Verantwortlichen für das Zwangssystem, das Menschen zu Produktionsfaktoren machte und ihren Tod bewußt einkalkulierte, wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Die Firmen, die sich von der Kriegsproduktion hohe Profite versprachen, konnten schließlich später in der Bundesrepublik ihre Geschäfte wieder aufnehmen als wäre nichts geschehen. Auch diese bitteren Tatsachen werden sachlich festgehalten.

Ermutigend an dem Buch der niedersächsischen Pädagogin ist ihr Verweis darauf, daß es ihr gelang, Schülerinnen und Schüler ihrer Abiturklasse an der Spurensuche zu beteiligen. Die jungen Menschen, deren Berichte sie auszugsweise zitiert, belegen einmal mehr, daß die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Terror in der unmittelbaren Umwelt sensibilisieren und Bewußtsein schaffen kann. Im übrigen ist dem niedersächsischen Kultusminister Rolf Wernstedt zuzustimmen, der in seinem Vorwort zu diesem wichtigen Buch feststellt: „Es schließt eine Lücke in unserem Wissen über die lokalen Verantwortlichkeiten und Ereignisse im Dritten Reich“.

Rudolf Schwinn

Annette Wienecke, Besondere Vorkommnisse nicht bekannt. Zwangsarbeit in unterirdischen Rüstungsbetrieben/Wie ein Heidedorf kriegswichtig wurde, Bonn 1996. Pahl-Rugenstein-Verlag, 202 Seiten, DM 24,90

Neues aus der Szene:

Kämpfer in Wort und Schrift

Die Gestaltung der Seite „Kultur/Zeitgeschehen“ in der „Berlin-Brandenburger Zeitung“, neben der „Jungen Freiheit“ das bedeutendste rechtsextreme Zeitungsprojekt, hat ab der August-Ausgabe (4.Jg., Nr.23) die bisherige Redaktions-„Mannschaft“ der Zeitschrift „Thule“, des Organs des am 22. November 1992 von Christian Malcoci gegründeten „Ordens von Thule“, übernommen. Die Einmann-Truppe „Orden von Thule“ versteht sich als „Instrument zur Förderung der deutschen Kultur, zur Klärung von Glaubensfragen und zur Erforschung der mythischen Vergangenheit“. Die Zeitschrift „Thule“ wird ab sofort zumindest zeitweise eingestellt. Die „Thule“-Redaktion erhofft sich von dieser Umgliederung, „daß der Kampf um die deutsche und europäische Kultur noch offensiver geführt wird.“

Leitender BBZ-Redakteur ist Christian Wendt (Ex-FAP-Mitglied), zugleich Herausgeber der Schulungsbrieftage der neonazistischen Kleingruppe „Völkischer Freundeskreis“ (VFK) und Pressesprecher sowie Vorstandsmitglied der „Nationalen“. Malcoci war einst stellvertretender Vorsitzender der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) und zeitweilig Kader der FAP. Beim Stuttgarter Neonazi-Prozeß wegen Fortführung der verbotenen ANS/NA, der im März 1995 zu Ende ging, wurde Malcoci zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung von 18 Monaten verurteilt. Das Gericht begründete das milde Urteil u.a. damit, daß Malcoci sich einsichtig gezeigt und zur „verfassungsmäßigen Ordnung“ bekannt hätte.

Einen Namen in der Neonazi-Szene machte sich Malcoci, vormaliger Kameradschaftsführer der ANS/NA und Mitglied der NSDAP/AO („The New Order, Nr.120), als Leiter des am 1.Mai 1985 gegründeten „Referates für Sicherheit“ (RfS), einer Unterabteilung des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des 100.Geburtstag des Führers“ (KAH). Das RfS ist als direkter Vorläufer der sogenannten „Anti-Antifa“, die organisationsübergreifend arbeitet, zu bewerten. Dessen Stellenwert wurde folgendermaßen definiert: „Die Feindaufklärung und äußere Sicherheit unserer Bewegung sind wichtige Aufgaben im politischen Kampf... Wirksame Feindaufklärung schützt die Kameraden vor Angriffen und ermöglicht die Einleitung von Gegenmaßnahmen. Wirksame Fein-

daufklärung vermittelt den politischen Leitern ein realistisches Bild der jeweiligen Lage und verhindert falsche Entscheidungen ... Langfristige und vorausschauende Feindaufklärung trägt zur Festigung der Strategie und Taktik der Bewegung bei“.

Friedrich Klein

„Bramfelder“ wird „Hamburger Sturm“

Der „Bramfelder Sturm“ („Stimme der nationalen Jugend“) wird ab der elften Ausgabe als „Hamburger Sturm“ erscheinen. In der aktuellen Nummer 10 des „Bramfelder Sturm“ (BS) wird die baldige Umbenennung angekündigt. „Doch inzwischen wird der BS weit über die Grenzen Hamburgs hinaus im ganzen Reiche gelesen und die Bramfelder Szene ist leider auch nicht mehr das, was sie mal war. Wir haben uns deshalb dazu entschlossen, dem Bramfelder Sturm ab der nächsten Ausgabe einen neuen Namen zu geben“. In der aktuellen Ausgabe des BS distanzieren sich die Autoren von André Goertz, dem ehemaligen Landesvorsitzenden der „freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ in Hamburg und Mitverantwortlichen des „Nationalen Infotelefon“ in Hamburg. Goertz äußerte sich vergangenes Jahr in „Einheit und Kampf“, einem den „Jungen Nationaldemokraten“ nahestehenden rechtsextremen Periodikum, sehr kritisch über den letztjährigen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ („Faschingsumzug in Dänemark“) im dänischen Roskilde. Nun weist der „Bramfelder Sturm“ auf eine „widerliche Geschichte“ von Goertz aus dem Jahr von 1991 hin. „Er hatte eine Türkin geheiratet, damit diese Türkin hier in Deutschland Bleiberecht bekommt und in der Gärtnerei seiner Mutter billig arbeiten konnte!“ Goertz soll, so der denunziatorische BS-Beitrag „Funktionär ohne Maske“, einen größeren Geldbetrag für die Eheschließung bekommen haben.

Verantwortlich für den seit Ende 1994 erscheinenden „Bramfelder Sturm“ ist seit dem vergangenen Jahr die „Patriotische Jugend“ (vgl. BNR 17/96). In der „Patriotischen Jugend“ sind zumeist ehemalige Aktivisten der 1995 verbotenen Hamburger „Nationalen Liste“ (NL) organisiert. Von Thorsten Bärtel, ehemals führender NL-Aktivist in Bramfeld, soll im Herbst bzw. Winter ein Buch über die Hamburger Skinheadszenen von 1982 bis 1995 erscheinen. Der Titel des angekündigten Werkes lautet „Titelseitenterror“.

S.B.

Tagebuch

Berlin - Die langjährige Vorsitzende der „Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, Ursula Schaffer, wurde mit dem diesjährigen Emil-Maier-Dorn-Preis von ihren Kameraden geehrt. Maier-Dorn war einst Mitglied der NSDAP und der SA, später NPD-Bundesvorstandsmitglied.

Berlin - Die rechtsintellektuelle Wochenzeitung "Junge Freiheit" will derzeit mit einer Abo-Kampagne per 30. November ein von ihr sonst angekündigtes wirtschaftliches Aus verhindern. 2.500 Abonnenten sollen daher neugeworben werden. Bis Jahresende drohe sonst ein Fehlbetrag in Höhe von DM 450.000,--. Mittels einer Leserumfrage hat sich die JF Durchblick hinsichtlich ihrer Leser/innen verschafft: Danach soll der durchschnittliche JF-Leser 33, männlich und verheiratet sein. Nur ein Fünftel der Leserschaft sind überhaupt Frauen (20,3 %). Überdurchschnittlich gebildet ist der Leser jedenfalls; 73 % haben Abitur und 49 % einen Hochschulabschluß.

Berlin - Vor wenigen Wochen wurde in Berlin eine weitere sogenannte autonome Kameradschaft - analog der "Kameradschaft Treptow" - in Köpenick ins Leben gerufen. Mit von der Partie ist der frühere FAP-Funktionär und Kandidat der neonazistischen "Nationalen" Detlef Cholewa, Leiter der "Kameradschaft Treptow" sowie Mitarbeiter der "Berlin-Brandenburger Zeitung".

Erlangen - Der Gründer des Thule-Mailbox-Netzes Thomas Hetzer (Pseudonym: Alfred Tetzlaff) betrachtet das „Gerede von der Einheit der Rechten als reine Zeitverschwendung.“ Eine „echte Sammlungsbewegung“ wie die französische Front National sei hierzulande derzeit nicht möglich, meint der Informatiker Hetzer, da es „vor allem“ an einer „Integrationsfigur“ mangle. Davon abgesehen könne sich „das nationale Lager“ nicht vereinen, da es „keine wirkliche Einheit zwischen revolutionären Nationalisten und 'Patrioten' geben“ kann, „die lediglich innerhalb des Systems ein paar Korrekturen vornehmen wollen.“ Angesagt sei deshalb eine Aufgabenteilung: „Die Republikaner (und wenn es unbedingt sein muß, auch die DVU) müssen kurz- und mittelfristig in das politische Tagesgeschehen eingreifen. Wer innerhalb des Systems arbeiten will, soll diese unterstützen.“

Frankfurt - Der Frankfurter NPD-Funktionär Ernst Marschall, zuvor für die Pressearbeit der „Republikaner“ zuständig, erlaubt sich nach eigenem Bekunden im Thule-Mailbox-Netz „regelmäßig ein Späßchen mit der BRD-Justiz“. So soll der Rechtsextremist Staatsanwaltschaften anschreiben und gegen aktive Kirchenangehörige „Strafantrag wegen Beihilfe zum Verstoß gegen die Asylgesetzgebung“ stellen.

Freising/Bayern - Der „Tonträgervertrieb“ von Jens Pühse, Ex-Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“, meldet die Herausgabe einer neuen LP von Frank Rennicke (Ex-Mitglied der „Wiking-Jugend“, Gau Schwaben) mit dem Titel „Schinder Liste“. Geworben wird für den Pühse-„Tonträgervertrieb“ u.a. vom „Nationalen Infotelefon Schleswig-Holstein“.

Görlitz - Ein „nationales staatliches Gebiet Niederschlesien im Freistaat Sachsen“ will der 1990 gegründete Verein „Unabhängige Initiativegruppe Niederschlesien e.V.“ (UIN; Sitz: Görlitz) herbeiführen. Darüberhinaus plädiert der Verein für die Landesbezeichnung „Sachsen-Niederschlesien“. Geworben wird für den Verein u.a. in der revanchistischen Wochenzeitung „Der Schlesier“.

Kelkheim/Kyffhäuser - Auch in diesem Jahr will das „Bündnis Konstruktiver Kräfte“ (BKKD) am 3. Oktober am Kyffhäuser (nahe Bad Frankenhausen/Thüringen) eine Kundgebung (Motto: „Bewahrung unserer nationalen Identität in einem freien Europa“) durchführen. Führender Kopf des „Bündnisses Konstruktiver Kräfte“ ist Lothar Lauck, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Hessen. Bei der letztjährigen Veranstaltung waren Vertreter folgender Parteien und Organisationen dabei: „Deutsche Soziale Union“ (DSU), „Bund Freier Bürger“ (BFB), „Deutsche Partei“ (DP), „Friedenskomitee 2000“, „Unabhängige Ökologen Deutschlands“ (UÖD), „Gesamtdeutscher Studentenverband“ (GDS), „Aktion Deutsche Mark e.V.“, „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“. Die Festrede hielt der strammrechte Wanderprediger Alfred Mechtersheimer, der auch für das „Neue Deutschland“ zur Feder greift.

Kopenhagen (Dänemark) - Die Kopenhagener Stadträtin Lubna Elahi hat Anzeige gegen das dänische neonazistische "Radio Oasen" wegen der Verbreitung von Zitaten aus Hitlers "Mein Kampf" erstattet. Der Betreiber Jonni Hansen, Vorsitzender der "Nationalsozialistischen Bewegung Däne-

marks" (DNSB) sieht hierzu keinen Grund. Man könne in Dänemark schließlich "Mein Kampf" überall käuflich erwerben und in jeder Bibliothek ausleihen.

Magdeburg - Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Sachsen-Anhalt ist nach Angaben von Innenminister Walter Püchel im ersten Halbjahr 1996 auf 310 Delikte zurückgegangen, im ersten Halbjahr des Vorjahres hatte es 463 Vorfälle gegeben. Für 1995 waren insgesamt 849 rechtsextremistische Straftaten registriert worden.

Mannheim - Im baden-württembergischen Mannheim erscheint seit dem vergangenen Jahr ein neues Skinzine unter dem Titel „Doitsche Offensive“. In der aktuellen dritten Ausgabe der „Doitschen Offensive“ (DO) findet sich die konventionelle Struktur eines Skinzines wieder: Interviews mit verschiedenen Bands (die Bremer „Boots Brothers“, „Wolfsrudel“ aus Schwäbisch Hall, „Vollstrecker aus dem pfälzischen Laumersheim/Kreis Bad Dürkheim, „Triebtäter“ aus Schwäbisch Gmünd und „Brutale Haie“ aus der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt), Besprechungen aus anderen Skinzines, Zeitschriften und Tonträgern sowie Hinweise auf das szenenübliche Geschehen und Kleinanzeigen vervollständigen die Nummer 3 der „Doitschen Offensive“. Verantwortlicher des Skinzines ist Manuel Jakob aus dem Umfeld der „Jungen Nationaldemokraten“.

München - Das bayerische Innenministerium verzeichnete für das erste Halbjahr 1996 einen Rückgang der rechtsextremistischen Gewalttaten auf 13 Vorfälle gegenüber 28 im Vorjahreszeitraum. Eine weitere Abwärtsbewegung wurde im Halbjahresbericht des bayerischen Verfassungsschutzes für 1996 bei der "Deutschen Volksunion" konstatiert mit aktuell noch 1.800 Mitgliedern gegenüber 2.000 im Vorjahr, während die "Republikaner" sich mit 4.000 auf dem Niveau von 1995 halten konnten. Die NPD dümpelt nach amtlichen Angaben weiter vor sich hin, während die Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" für die neonazistische Szene zunehmend an Bedeutung gewinnen. Erstmals wurde in einem Bericht des Verfassungsschutzes auch auf die zunehmende Bedeutung von Mailboxsystem und das Internet für die Rechtsextremisten hingewiesen.

Oftersheim (bei Heidelberg) - Der Neonazi Jürgen Jost (alias „Joschi“), der mit seiner Thule-mailbox „Elias“ auch im Internet vertreten ist, war-

tet neuerdings mit einer Besonderheit auf. Während sein brauner Kameradenkreis lautstark die angeblich schwindende Moral und Ordnung beklagt, hat er auf seiner Internet-Homepage eine „erotische Seite“ eingerichtet. Zum Abruf der Pornobildchen werden die lüsternen Kameraden ermuntert: „Wenn Du erotische Seiten suchst, (...) klicke der jungen Dame doch mal auf den hübschen Hintern“. Des weiteren fordert „Joschi“, Betreiber der im nordbadischen Oftersheim stationierten Thule-Mailbox „Elias“, seine computerbegeisterten Kameraden dazu auf, der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Vorträge, Kongresse, Demonstrationen ... zur kostenlosen Veröffentlichung mitzuteilen.

Recklinghausen - Beim Verlag „Der Schlesier“ fand eine Hausdurchsuchung statt. Gesucht wurde nach dem 1994 im Hohenrain-Verlag erschienenen und zwischenzeitlich indizierten Buch „In Sachen Deutschland“ eines „Carl-Friedrich Berg“.

Salem (Bayern) - Bücher und Schriften „für ein besseres und tieferes Verständnis der Bibel und der Geschichte“ offeriert der im bayrischen Salem ansässige „Morgenland-Verlag“. Neben Werken wie „Bibelzahlenkunde“ oder „Leiden und Herrlichkeit für den Christus“ stößt man auch auf Schriften wie „Wer waren unsere Ahnen“. Das Machwerk, so ist im Prospekt zu lesen, „behandelt in Kürze die Erkenntnis, daß die verlorenen Stämme Israels heute, ohne es noch zu wissen, in Europa und Amerika als die weißen Nationen wohnen.“ In unregelmäßiger Folge veröffentlicht der Verlag seit den 70er Jahren die „christliche“ Zeitschrift „Morgenland“. Nachgedruckt werden in dem antisemitischen Blatt („der selbstgerechte Jude“ kennt „weder Gesetz noch Prophetie.“) u.a. auch Artikel aus den NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), die als „empfehlenswerter politischer Informationsdienst“ charakterisiert werden. Eingeladen werden die „Morgenland“-Leser auch zu Vorträgen über die „Hohlwelttheorie“, ein wesentliches Kernelement des Esoterischen Hitlerismus.

Starnberg - Die „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechtersheimer hat weitere Regionalbeauftragte ernannt: Wolf Rösler (Ulmer Regionalaktivist des „Freundeskreises ein Herz für Deutschland“, Funktionär des NPD-nahen „Deutschen Arbeitnehmerverbandes“ >DAV<) für Baden-Württemberg und Michael Horn (Unterzeichner eines „Hilferufs für Schlesien“, 1994 von „Unitas Germanica e.V.“ initiiert) für Sachsen.

Starnberg - Neuer Pressesprecher der rechten „Deutschen Burschenschaften“ (vgl. BNR 8/95) ist Hans-Ulrich Kopp, Alter Herr der Münchener „Burschenschaft Danubia“. Den „Deutschen Burschenschaften“ (DB), dem größten Verband akademischer Korporationen, gehören rund 20.000 Mitglieder an. Der 34jährige Starnberger Kopp war bis Anfang 1995 Redaktionsmitglied der „Jungen Freiheit“ (JF), um danach in offene Opposition gegenüber JF-Chefredakteur Dieter Stein zu gehen. In Konkurrenz zur JF-Sommeruniversität veranstaltet Kopps „Danubia“ seit 1995 eine „Freie Deutsche Sommeruniversität“. Der ehemalige Funktionär der „Republikaner“ Kopp ist seit 1992 Schriftsteller der strammrechten Zweimonatschrift „Witikobrief“ (vgl. BNR 10/95) und war 1989/90 Sprecher des kurzlebigen „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV). Zu Beginn dieses Jahres gründeten einige Bünde einen neuen Dachverband liberalkonservativer Burschenschaften. Die „Neuen Deutschen Burschenschaften“ (vgl. BNR 4/96) grenzen sich vom deutschnationalen und bisweilen rechtsextremen und völkischen Kurs der DB ab.

Waizenhausen/Appenzell (Schweiz) - Wiederum antisemitische Hetze haben die Angehörigen der theosophischen Sekte „Universale Kirche“ erhalten, nachdem deren einstiger europäischer Geschäftsführer vor kurzem (vgl. BNR 16/96) wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm verurteilt worden ist. (Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.) In einem Rundbrief behauptet Peter Leach Lewis, Oberhaupt der Sekte, die Juden würden die Weltherrschaft anstreben, jüdische Bankiers hätten Hitler finanziert und dadurch „den Zweiten Weltkrieg vorangetrieben“. Weiter bezeichnet er die Teilnehmer eines jüdischen Kongresses als „unehrenhafte Bastarde einer unzivilisierten Gesellschaft“, deren einziger Beitrag zum Leben der Tod gewesen sei. Besonders unflätig beschimpft Leach den Journalisten und Rechtsextremismus-Experten Jürg Frischknecht und bezeichnet ihn als „widerliche kleine Medienma-

de“ und als „bewährte rassistische, bigotte Person und überzeugter Jude (kein Zufall!)“.

Washington/Wien - Die USA wollen wollen das im August gegen den US-Neonazi Gary Rex Lauck ergangenen Urteil des Hamburger Landgerichts auf vier Jahre Haft akzeptieren und auf einen Auslieferungsantrag verzichten. Die Angelegenheit sei für die USA erledigt, teilte ein Sprecher des US-Außenministeriums mit. Die amerikanische "Anti-Defamation League" (ADL) zeigte sich "zufrieden darüber, daß Gary Lauck die kommenden vier Jahre in einem deutschen Gefängnis verbringen wird." Der Mandatsträger der österreichischen "Freiheitlichen", Hans-Jörg Schimanek sen. bewertete das gegen Lauck ergangene Urteil im Zusammenhang mit dem gegen seinen Sohn Hans-Jörg Schimanek geführten "Schauprozeß". Der Neonazi war im Frühjahr vergangenen Jahres wegen nationalsozialistischer "Wiederbetätigung" erst zu 15 Jahren Haft verurteilt worden, was dann auf acht Jahre herabgesetzt wurde. Für Schimanek sen. müsse sich Österreich gefallen lassen, daß es im Bereich der Menschenrechte auf eine Stufe mit China oder Nordkorea gestellt werde.

Wien (Österreich) - Das Wiener Landgericht hat ein Verfahren gegen den Revisionisten Emil Lachout (1928 geboren), zuletzt Lehrer für evangelische Religion, wegen Zuwiderhandlung des NS-Verbotsgesetzes abgebrochen, da laut psychiatrischem Gutachten „die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten nicht gegeben“ sei. Im November 1987 hatte die österreichische Hetzpostille „Halt“ (Herausgeber: Gerd Honsik) ein angebliches „Dokument“ eines „Militärpolizeilichen Dienstes“ des „Alliierten Kommandos“, datiert vom 1.10.1948, veröffentlicht. In dem „Dokument“ wird behauptet, daß es in dem in Oberösterreich gelegenen Konzentrationslager Mauthausen keine Ermordung von Menschen mittels Giftgas gegeben hätte. Für die „Richtigkeit“ des gefälschten „Dokuments“ zeichnete Emil Lachout, der 1988 in Kanada in einem Prozeß als Zeuge für Ernst Zündel auftrat, verantwortlich.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Schau'n Sie nicht weg!

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt.

Adresse:

Foto: dpa

Der „blick nach rechts“ schaut hin! Alle 2 Wochen! Kompetent, engagiert, originär!
Wer weiß das besser als Sie – unsere Leser! Wer jetzt abonniert, erhält den Dienst **3 mal kostenlos!**

Name

Anschrift

Unterschrift

Ohne Risiko! Wer nicht überzeugt ist, bestellt einfach mit Erhalt des 3. Heftes beim Verlag ab!

Vorwärts Verlag • Südstraße 133 • 53175 Bonn • Fon (0228) 9511312/14 • Fax (0228) 9511316